

Konstantinopel, 9. April. Die Lage bei Schodra ist wieder sehr ernst geworden. Die Notabeln von Schodra drängen, daß die aufständischen Masliven Tuzi und Kastri belagerten und harte Truppen gegen Schodra vorschicken, dessen Einwohner durch die heftige Kanonade in einen panikartigen Schreck versetzt wurden. Montenegro konzentrierte große Truppenmassen und eine starke Artillerie an der Grenze. Die Einwohnerlichkeit von Tuzi und Schodra schwebt in ernstlicher Gefahr und steht um schleunige Unterstützung von Hilfe. Die telegraphische Verbindung zwischen Schodra und Tuzi ist seit gestern abgebrochen. Das letzte Telegramm, welches über den Trakt lief, besagte, daß die Rebellen, mit den modernsten Waffen ausgerüstet, hinter Kastri zurückgeworfen sind. Inzwischen sind neue Truppen von Tuzi gegen Schodra vorgezogen. Auf den Höhen jenseits von Kastri tauchten Tausende von Aufständischen auf.

Konstantinopel, 9. April. Die albanesischen Abgelenken hielten heute eine Konferenz über die Lage in Albanien ab, die sich nach den letzten Nachrichten als recht ernst darstellte. Die Mitglieder, die sich bisher ruhig verhielten, sollen im Begriffe sein, sich den Aufständischen anzuschließen. Offiziell wird bekanntgegeben, daß zwischen der Mündlichkeit von Venedig und Tuzi überhoben und erst nach heftigen Kämpfen zurückgeworfen werden konnten. Gerüchte besagen, daß Kastri und Tuzi wieder in die Hände der Aufständischen gefallen sind, die jetzt auf Schodra vorrücken. Unter dem Vorsitz des Großwesirs fand heute auf der Flotte ein Ministerialrat statt, der sich gleichfalls mit der Lage in Albanien befaßte.

Konstantinopel, 9. April. Aus Senaa werden Kämpfe gemeldet, die sich an sechs Orten der Umgebung Senaa abspielen. Die Rebellen wurden unter Verlust von mehreren hundert Toten vertrieben.

Deutsches Reich.

Die Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung.

Der nationalliberale Abgeordnete Horn vertritt in der Nationalliberalen Korrespondenz eine Erklärung zu seiner Unterhaltung über die Durchpeitschung der Versicherungsordnung. Was er zu erklären hat, ist im allgemeinen eine Festlegung dessen, was im Vorwärtwärts darüber gelogt war, nur sucht er möglichst abzuschwächen, was er über die Verschiebung der Beratung gesagt hat. Horn stellt zunächst fest, daß er nicht direkt vom Ruhhandel gekommen sei, er halte es nicht für überflüssig, mitzuteilen, daß er nach Schluß des Reichstags mit Mitgliedern einer anderen Partei kein Wort gewechselt habe. Daß er sich mit einem fraktionslosen Kollegen über die Aussichten und die etwaige geschäftliche Behandlung des größten Gesetzes, das den Reichstag seit dem V. G. B. beschäftigt habe, unterhielt, könne nicht als ein außergewöhnliches Ereignis betrachtet werden.

Zur Beratung der Versicherungsordnung selbst schreibt er: „Es können im Prinzip nur die großen, hauptsächlich strittigen Fragen in breiter Diskussion behandelt werden. Daß man dabei abschnittsweise vorgeht, ist nach Ansicht vieler älterer Parlamentarier, mit denen ich darüber gesprochen habe, nicht nur praktisch, sondern auch geschäftsmäßig durchaus zulässig. Daß man sich dabei einen gewissen Gesichtspunkt macht, aber den selbstverständlich doch mit Vertretern sämtlicher Parteien zu verhandeln wäre, bedarf wohl kaum einer besonderen Begründung; einmal nach dem allgemein bekannten Gesichtspunkt des Senatskonkordats, daß die Reichsversicherungsordnung in der Zeit von Ostern bis Pfingsten erledigt werden soll. Es kann also weder von der Ansicht eines Bruchs der Geschäftsbildung, noch von einer Durchpeitschung der Vorlage die Rede sein. Auch meine Äußerung, daß eventuell nach zwei Serien von Rednern (nicht nach zwei Rednern, wie der Entsender des Artikels fälschlich behauptet) die Diskussion geschlossen werden müsse, kann nicht als solche Absicht gedeutet werden; einmal da der betreffende Herr vergessen hat, einen Zusatz: „wenn Obstruktion versucht werden sollte, mit zu veröffentlichen.“

Der Reichszentralrat und die Elsaß-Lothringische Verfassungsreform.

In ihrem letzten Wochenrückblick erklärt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß der Reichszentralrat trotz des Widerstandes der Konservativen an seinem Entwurf festhalten werde. Das Schicksal der Reform hänge von der parteipolitischen Entscheidung derjenigen Parteien ab, die mit der Regierung auf dem Standpunkte stehen, daß der positive Abschluß des Werkes dem Interesse des Reichs wie Elsaß-Lothringens entspreche, ohne Preußen zu schädigen.

Wenn nur dieser Ungehörigkeit gegen die Herren Junker dem Reichszentralrat nicht schlecht bekommt.

Auf der Suche nach einer Wahlparole gegen die Sozialdemokratie.

Die Hoffnungen des schwarzblauen Blocks und der Regierung, eine zuträglichste Wahlparole gegen die Sozialdemokratie zu finden, sieben bisher unerfüllt; seit mit Moabit auch nicht der geringste Staat mehr zu machen ist, sucht man schier verzweifelt, ob sich denn gar kein Schwindel entdecken lasse, der einigen Erfolg gegen die gefährlichsten roten Feinde verspricht. Viktor Schweineburg geht deshalb daran, die vermutete „sozialdemokratische Obstruktion“ gegen die Versicherungsordnung jetzt schon in dem nötigen großen Schwindel zurecht zu zimmern, der dann im Wahlkampf die Hilfe bringen soll. In seinen Berliner politischen Nachrichten gibt Herr Schweineburg der Meinung Ausdruck, es gäbe kein besseres Mittel, um im bevorstehenden Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen und die Arbeiterbevölkerung über die „wahre Natur“ der Sozialdemokratie aufzuklären. Es träte hier ganz klar und deutlich zu Tage, daß die Sozialdemokratie lieber die größten Vorteile den Arbeitern vorenthält, wenn nur ihre eigene politische Macht nicht gefährdet werde. Herr Schweineburg wird sich auch mit dieser Wahlparole vernehmen; die Arbeiterklasse wird der Sozialdemokratie Dank wissen, wenn sie alles anbietet, die Vernichtung jeder Selbstverwaltung der Arbeiter in den Straßenräten zu verhindern.

Die Erziehung einer neuen Ostkrankenasse.

Die Bildung neuer Ostkrankenassen betrifft eine wichtige Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts. In § 34 i. V. des Reichsversicherungs-gesetzes steht es vom 1. April 1906 an, daß die Krankenkassen für die Arbeiter der Gewerbe, Industrie und Handwerksbetriebe eine neue besondere Ostkrankenasse errichten. Nach dem Statut, das die Genehmigung des Reichsversicherungsamtes fand, sind Mitglieder aller innerhalb der Gemeinde für ein oder mehrere Gewerbebetriebe beschäftigten Personen.

Der Regierungspräsident hob den Beschluß an, durch welchen der Reichsversicherungsamts dem Statut der neuen Klasse die Genehmigung erteilt hat. Er machte geltend: Für versicherungspflichtige Personen, die bisher einer Klasse angehören, könne grundsätzlich nur eine neue Klasse errichtet werden, wenn ihr Ausscheiden aus der bestehenden Klasse verhindert werden sei. Da ein solches nicht statuerbar sei, so hätte das Statut der neuen Klasse nicht genehmigt werden dürfen. Der Beschluß des Reichsversicherungsamtes sei deshalb als gegen das Gesetz verstoßend auszuheben.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts setzte dem auch den Genehmigungsbefehl des Reichsversicherungsamtes außer Kraft, indem er begründend ausführte: Nach dem § 34 des Krankenversicherungs-Gesetzes dürfe die Genehmigung zu einer Krankenkasse nur erteilt werden, wenn das Statut den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt oder wenn die Bestimmungen über die Klassen von Personen, welche der Klasse angehören sollen, mit den Bestimmungen des Statuts einer anderen Klasse in Widerspruch stehen. Das letztere sei hier der Fall. Zur älteren Klasse gehören nach ihrem Statut auch die fraglichen Personengruppen, für die die neue Klasse errichtet worden sei. Solange das der Fall sei, könne für das Gewerbe- und Handwerksbetriebe in § 34 des Gesetzes besondere Klasse und Leben geschaffen werden. Der § 34 des Gesetzes gewähre im übrigen den schon bestehenden Ostkrankenassen, die für versicherungspflichtige Personen verschiedener Gewerbe- oder Berufsarten errichtet sind, einen Schutz dagegen, daß ihr gegen ihren Willen Mitglieder weggenommen werden sollen.“ Nach dem Vorgetragen kann die Auscheidung der betreffenden Gewerbe- und Berufsarten aus der bestehenden Klasse nicht erfolgen, wenn die Mehrheit dieser Klassenmitglieder zustimmt und die Generalversammlung der Klasse es beantragt. Dies sei der einzige Weg. Das sei aber hier nicht geschehen. Aus diesen Gründen müsse der Genehmigungsbefehl des Reichsversicherungsamtes aufgehoben werden.

Journalistenstreik.

Im Ödlig stellen die Berichtblätter der Presse im Stadtverordnetenkollegium. In einer Stadtverordnetenversammlung, in der über die Verlängerung des Pachtsvertrages mit dem Direktor des städtischen Theaters Beschluß gefaßt wurde, kam der Oberbürgermeister Snab auch auf die Theaterkritik der Ödligler Presse zu sprechen. Er machte der Presse den Vorwurf, daß sie in ihrer Kritik der Aufführungen des Stadttheaters zu scharf sei und dadurch das Theater schädige. Er schloß mit der Bitte, nicht zu scharfe Kritik zu üben. Die drei bürgerlichen Zeitungen — unser Parteiblatt war nicht verhandelt worden und hatte seinen Standpunkt zu der Sache besonders dargelegt — wiesen den Vorwurf des Oberbürgermeisters in einer gemeinsamen Erklärung als völlig unwortbilden Versuch einer unwürdigen Bevormundung energisch zurück. Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung am Freitag berief sich nun der Oberbürgermeister eine lange Erklärung als Antwort auf die Rundgebung der bürgerlichen Presse. Er wies diese als in ihrem Inhalt ungenügend und in der Form unangemessen zurück. Das geschah in einem richtigen Kaiserhofstöne, der geradezu herausfordernd wirken mußte. Was der Sache noch ein besonderes Gepräge gab, war der Umstand, daß die Erklärung von den bürgerlichen Stadtverordneten erst durch lebhafte Proben begleitet wurde. Am Schluß der Erklärung wollte das Provozieren und Handbellschlagen der bürgerlichen Stadtverordneten kein Ende nehmen. Einmütig erhoben sich daraufhin sämtliche Pressevertreter und verließen den Saal. Sofort kommandierte der Oberbürgermeister vier Wachmannschaften, die in städtischen Diensten stehen, an die Plätze der Pressevertreter. Die Presse verabschiedete sich von der Sitzung nur die nackten Fäustle, die gefaßt worden sind.

Liberaler Bündnisse für die Reichstagswahlen.

Die geschäftsführenden Ausschüsse der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei haben nach Verständigung mit ihren Landesorganisationen ein Wahlbündnis auf folgender Grundlage abgeschlossen: In der Provinz Schlesien fallen den Nationalliberalen 8, der Fortschrittlichen Volkspartei 15 Wahlkreise zu, unter diesen auch der jetzt von Wassermann vertretene Wahlkreis Rothenburg-Hohenbrunn.

In der Provinz Hannover fallen den Nationalliberalen 14, der Fortschrittlichen Volkspartei 2 Wahlkreise zu. In Wahlkreise Lüneburg-Verden fallen beide Parteien einen Kandidaten auf. Den Wahlkreise Verden hoban betretend erklärt der geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei, daß die dort wieder aufgestellte Kandidatur nicht die Kandidatur der Nationalliberalen Partei ist.

Für die ostpreussischen Wahlkreise I und II sind die beiderseitigen geschäftsführenden Ausschüsse bereit, eine Einigung mit dem Ziele der Wahrung des gegenwärtigen Bestandes herbeizuführen. In Westpreußen fallen der Nationalliberalen Partei zu die Wahlkreise Schwiebin-Wismar, Reustellig, der Fortschrittlichen Volkspartei die Wahlkreise Kottbus, Dogenow-Gredensitz, Parchim-Stubbin, Waldin-Baran, Ostrow-Milbitz. In Thüringen fallen den Nationalliberalen zu die Wahlkreise Eisenach, Gotha, Sondershausen, Jüdolstadt, Weza, der Fortschrittlichen Volkspartei die Wahlkreise Weimar, Meiningen-Nordburghausen, Sonneberg-Saalfeld, Altenburg. Mit Kandidaten beider Parteien werden besetzt die Wahlkreise Jena und Coburg. Im Wahlkreise Bremen unterstützt die Nationalliberalen Partei den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei.

Der Aufstand auf Sonape. Ueber die Niederwerfung des Aufstands der Nisholtsch Leute (richtiger Jofotits Leute), liegen jetzt genaue Mitteilungen vor, die alle bestätigen, daß diese Niederwerfung eine vollständige ist. Nach Mitteilung des Amtsblatts für Neu-Guinea hatten die nach der Ermordung des Hauptmanns von Jofotits unternommen Streifzüge durch die Insel Jofotits sowie in den auf der Hauptinsel gelegenen Landstrichen Jofotits, Valfir und Tomara das Ergebnis, daß sich bis zum 25. Januar — soweit reichen die Nachrichten — etwa 20 Aufständische, darunter 68 Männer, dem Bezirksamt ergaben. Sie wurden mit der Titania nach Jap gesandt und sollten später nach dem Valau Inseln verbracht werden. Es ist in Aussicht genommen, die Männer zunächst einige Zeit in Angaur zu internieren und dort bei der Südbor-Nehospital-Gesellschaft arbeiten zu lassen. — Nach späteren Nachrichten aus Sonape wurden am 24. Februar 15 Mann hingerichtet. Außerdem wurden noch zwei Mann zum Tode verurteilt, die sich bereits in Jap befinden.

Enquete über das Zoll- und handelspolitische System. Die Reichsregierung hat die Enquete-Kommission über die Wirkungen des bestehenden Zoll- und handelspolitischen Systems. Dieser Kommission sollen hauptsächlich Vertreter der erwerbenden Kreise angehören, und zu ihren Beratungen sollen Sachverständige zugezogen werden. Die Leitung der Kommission sollte in den Händen von Regierungsbeamten liegen. Es ist zu erwarten, daß die Reichsregierung diese Kommission nachdrücklich unterstützen wird. Die Berliner politischen Nachrichten erklären eine solche Kommission für völlig überflüssig, da der wirtschaftliche Zustand für die Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen ganz im Sinne der angestrebten Kommission arbeite, nur daß dieser wirtschaftliche Zustand andere Grundanschauungen über die heutige Zoll- und handelspolitische Lage wie die Kommission der Berliner Kaufmannschaft. Es sei nicht daran zu denken, daß eine freihändlerische Kommission eingesetzt werde zur Vornahme derartiger Untersuchungen.

Die Handwerkerkonferenz. Die Ende der vergangenen Woche im Reichsamt des Innern stattgehabt, hat keine Beschlüsse gefaßt; ein offizieller Bericht über die Verhandlungen folgendes mit: „Sichtlich der Frage der Abgrenzung von Handwerk und Handel wurde namentlich die Schaffung einer einheitlichen Zusammenfassung von Vertretern des Handwerks, der Industrie und des Handels angeregt. Es wurde auch die Frage hierbei erörtert, ob im Handwerk Großbetriebe möglich seien und ob das Handwerk berechtigt wäre, zu verlangen, daß solche Großbetriebe dann bei den Handwerksorganisationen bestehen sollten. Bei der Frage der Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlinge wurde die Heranziehung für das Handwerk wurden zwei Vorschläge aus der Konferenz laut, einmal die Einführung einer kleineren Kommission im Reichsamt des Innern, die unter Hinzuziehung von Vertretern der beiden Interessentengruppen eingehende Vorschläge zur endgültigen Regelung dieser Streitfrage machen soll, von anderer Seite wurde der Regierung empfohlen, eine gütliche

Abgrenzung zwischen Handwerks- und Betriebsmannen

Preussisches Handelsministerium. Wegen Rückversicherung im Ministerberg aus Preussischen zu verantworten. Der alte Markt der Handels- und Gewerbebetriebe mit Zollschlag bedroht und nicht arbeitete schon seit 27 Jahren auf dem Gute Preussisch. Der letzte eidliche Gutachten erhielt 40 M. Geldstrafe.

Zwei Staatsverbrecher. Die Zentrum-Zemania in Teutonia löste zu meiden, gegen zwei der Fortschrittlichen Volkspartei gehörige Lehrer, den Rektor Tittel und den Lehrer Winkelmann, sei wegen ihrer politischen Betätigung die Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden. Beide sollen des Verbrechens schuldig sein, den schmerzhaften Tod als eine größere nationale Gefahr als die Sozialdemokratie bezeichnet zu haben.

Neue politische Nachrichten. Zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichts wurde der bisherige Kommandant des Schießplatzes des bisherigen Reichspräsidenten General a. D. Kirchbach ernannt. Der seit 1906 an der Spitze des Reichsmilitärgerichts stehende, im Amte Königberg (Rumort) wurde an Stelle des verstorbenen konfessionslosen Abgeordneten v. Neumann-Hausen der Wahlberechtigter Praemer (kons.) gewählt. Ein Gegenkandidat war mit vor 1 1/2 Jahren in das Geschäftszimmer des Reichspräsidenten geheime Dienstdokumente eingebracht, fremde Mächte weiterverkauft hatten. — Der Reichspräsident hat die Einzüge der deutsch-dänischen Beziehungen zur Mäßigung zu gestatten. Nimmst ist die ablehnende Antwort des Ministers eingetroffen. — Die Präfektur lagende Interparlamentarische Union hat den nächsten Tag eine Sitzung am 3. Oktober in Rom abgehalten. Die Tagesordnung stehen die Fragen des Verbots des Zutritts zur Einkünfte der Richtungen. — Die französische Regierung kammer verhandelt am Sonnabend über das Finanzgesetz, nachdem der Artikel an, in dem die Ausgaben auf 4 225 451 454 festgelegt werden. — Der russische Justizminister teilte dem Präsidenten des Reichstages mit, daß der Abgeordnete Kropotkin (Arbeiterpartei) vor Gericht gestellt werde und demnach gemäß dem Statuten der Duma aus dieser ausgeschieden müßte. Annotow wird angefaßt, Urkunden gefälscht zu haben, um die Wahl erforderlichen Zensus zu erhalten. — Der Richter des Bundesstrichters in St. Paul (Minnesota) hat die Prozesse in Minnesota zugunsten der Eisenbahnen entschieden und dahin befunden, daß die notwendige Abgrenzung von der Interstate Commerce Commission verbleiben darf. — Die Beschlüsse der Interparlamentarischen Union werden die Streitigkeiten in Minnesota und den benachbarten Staaten von Verfassungsklagen in Minnesota und den benachbarten Staaten zu entscheiden. Weides sei eine Verletzung der Verfassung.

Ausland.

Frankreich.

Die Sonntagsdemonstration der Binger.

Paris, 9. April. Die Binger Manifestation von Teutonia ist nach den bisherigen Berichten die ein Volkstanz und ab und jede Ausschreibung verlaufen. Die „Eiserne Garde“ kam um 11 Uhr an und wurde mit Jubel von der Bevölkerung empfangen. Auch das zweite Bataillon de Fer von der 5. Division kam zur Stelle, an dessen Spitze ein 70-jähriger Greis marschierte. In allen Häusern sah man Fahnen. Die Truppe und die rote Fahne der Revolution wechselten miteinander ab. Auf gelbem Plakat wurde mit Schlagworten aller Art und zum Teil mit symbolischer Lebertreibung erklärt, daß Rube aus Champagne geschickt und daß man lieber sterben wolle, als die Revolution vor dem Einstellen. Großen Jubel erregte die Nachricht, daß die Parliamentsmitglieder der Rube morgen in der Kammer für das Ziel der Bewegung eintreten wollten. Der Deputierte Paul Meunier, der an diesem Beschluß nicht teilgenommen, aber in Traps empfangen wurde, wurde von seinen Freunden gebeten, sich der Volksmenge nicht zu zeigen, um nicht zu feindlichen Manifestationen Anlaß zu geben. Die Zahl der Teilnehmer am Juge ward auf achttausend geschätzt. Inzwischen aber bereitete sich in der Rube ein Gegenstand der Agitation vor. Während die Binger der Rube die Abgrenzung verlangten, drücken ihre Brüder vor der Änderung der Abgrenzung verlangen, drücken ihre Brüder vor der Abgrenzung, wenn diese Abgrenzung vorgenommen wird, sie wollen in diesem Falle der „Eiserne Garde“ ein „Geistes-Deer“ entsenden und schwören, daß es um den Frieden in Lande geschieden sei, wenn Regierung und Kammer der Rube keine Beschlüsse machen.

Trotes, 9. April. Der Präsident des Schupflokombes Weinbauern hielt an die Manifestanten eine Ansprache, in der er sie bat, ruhig zu bleiben. Die Mitglieder des Schupflokombes begaben sich dann nach der Präfektur. Währenddessen lag Menge dichtgedrängt vor der von Truppen umgebenen Präfektur und weigerte sich, auseinander zu gehen. In den Hof der Präfektur wurden rote Fahnen geworfen. Schließlich begab sich der Präfektur unter Vorantritt der Polizei wieder nach der Präfektur, worauf die Truppen wieder in die Kasernen zurückzogen. Vor dem Auseinandergehen des Bingerzuges hielt der Präfektur von der Tribüne herab, auf der auch Parliamentsmitglieder genommen hatten, eine Ansprache, in der er die Manifestanten in ihrer Ruhe, Festigkeit und Energie beglückwünschte und die Rube das Recht in Anspruch nahm, in den Champagnerregionen bezogen zu werden.

Italien.

Die Fortsetzung der Debatte über das Programm Giolitti. Rom, 9. April. Die Debatte über das Programm Giolitti wurde auch in der Fortsetzung fortgesetzt. Giolitti (Soz.) ergriff das Wort und verteidigte die Reformen der Minister-Portefeuilles. Die Sozialisten würden aber das Programm der Regierung unter Hinzuziehung der Ministerkritik verteidigen, daß man bei der Lösung der Ministerkritik aufzugeben wolle, er behauptete, daß die Reformen nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für die gesamte Nation von Bedeutung seien. Die Reformen seien die einzige Möglichkeit, die Arbeiterklasse zu befreien. Die Sozialisten würden aber das Programm der Regierung verteidigen, daß man bei der Lösung der Ministerkritik aufzugeben wolle, er behauptete, daß die Reformen nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für die gesamte Nation von Bedeutung seien. Die Reformen seien die einzige Möglichkeit, die Arbeiterklasse zu befreien.

Portugal.

Die Unruhen in Lissabon. Ueber die Besanfassung zu den von uns schon in der Sonntagsnummer gemeldeten Unruhen wird berichtet: